

Vasily Astrov, Doris Hanzl-Weiss, Mario Holzner, Sebastian Leitner (wiw)

Wirtschaftsentwicklung divergiert in den kommenden Jahren auch in Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa zwischen Norden und Süden

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise weist alle jene Merkmale auf, die mit finanziellen, verschuldungsbezogenen und strukturellen Aspekten von Leistungsbilanzkrisen verbunden werden. Daraus ergeben sich dauerhaft dämpfende Effekte für die Entwicklung der Gesamtnachfrage in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern, sodass sich eine nachhaltige Erholung verzögert. Die vorübergehende Belebung 2010/11 war insbesondere vom Export getragen. Deutliche Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern Ostmitteleuropas und Südosteuropas sind aber geblieben. Einige Länder, die vor der Krise große wirtschaftliche Ungleichgewichte verzeichnet hatten (Rumänien, Bulgarien und die baltischen Länder), konnten ihre Exporte stark steigern, während strukturschwache Volkswirtschaften (die Westbalkanländer, ähnlich den südlichen EU-Ländern) von der lebhaften Auslandsnachfrage wenig profitierten. Diese zweite Ländergruppe wird auch im Prognosezeitraum 2012/2014 eine schwache Dynamik aufweisen, während einige mitteleuropäische Volkswirtschaften (Tschechien, Polen, Slowakei) dank kräftigem Wachstum eine Schuldenkrise vermeiden können sollten. Auch in den baltischen Ländern sollte die Wirtschaft deutlich expandieren, während sie in den anderen neuen EU-Ländern und den Westbalkanländern schwächer wachsen dürfte. Kräftig wird das BIP in der Türkei, in Russland, der Ukraine und Kasachstan steigen.

Der vorliegende Bericht wurde vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiw) erstellt. • Begutachtung: Peter Havlik (wiw) • Wissenschaftliche Assistenz: Beate Muck, Monika Schwarzhappel, Barbara Swierczek (wiw) • E-Mail-Adressen: astrov@wiw.ac.at, hanzl@wiw.ac.at, holzner@wiw.ac.at, leitner@wiw.ac.at

Im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise wurde die Notwendigkeit offensichtlich, die in der Vorkrisenzeit aufgebauten enormen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die hohe private Verschuldung abzubauen. Das Ausmaß der notwendigen Anpassung resultiert aus dem Ausmaß des ursprünglichen Leistungsbilanzungleichgewichtes und des Schuldenstandes des privaten Sektors. Diese Anpassungen dämpfen mittelfristig sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Beschäftigungsdynamik. Darüber hinaus weisen die einzelnen Länder Mitteleuropas, Ost- und Südosteuropas recht unterschiedliche Anpassungsmuster auf. So stieg etwa in den baltischen Ländern nach 2009 der Export wieder, während die Anpassung in anderen Ländern (z. B. Kroatien) fast ausschließlich durch Einschränkung der Binnennachfrage und damit der Importe erfolgte.

Wie die Gegenüberstellung der Veränderung des Leistungsbilanzsaldos und des Wirtschaftswachstums zeigt (Abbildung 1), war die durch die internationale Finanzmarktkrise erzwungene Korrektur des Leistungsbilanzsaldos vor allem in den Ländern mit fixem Wechselkursregime hoch (Verringerung des Saldos um mehr als 5% des BIP). Zwischen dem Abbau des Leistungsbilanzdefizits und dem Wirtschaftswachstum bestand in den Jahren 2008/2011 ein negativer Zusammenhang.

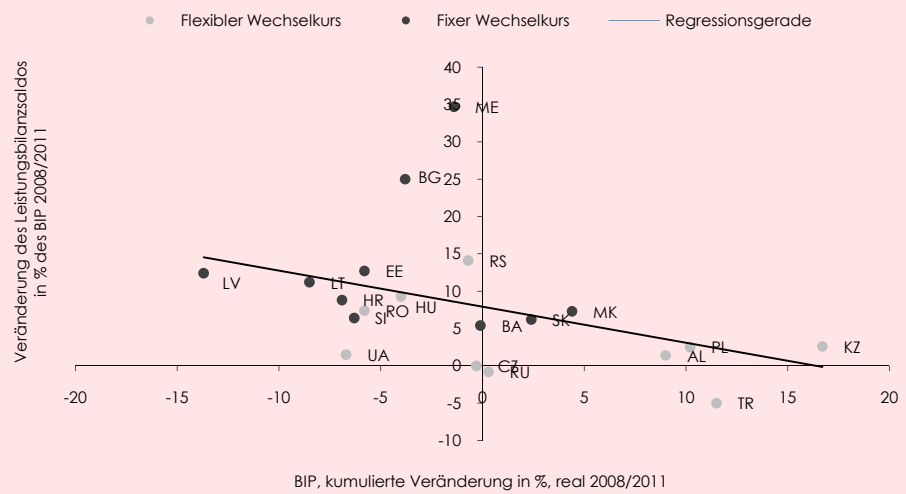
Ähnlich ist zwischen dem Niveau der Privatverschuldung und dem Wirtschaftswachstum ein Zusammenhang zu beobachten (Abbildung 2): Unter den Ländern Mitteleuropas, Ost- und Südosteuropas mit einer Privatverschuldung von über 76% des BIP

Notwendigkeit der Korrektur außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte

Wieweit das BIP gedämpft wird, hängt auch vom privaten Schuldenstand ab.

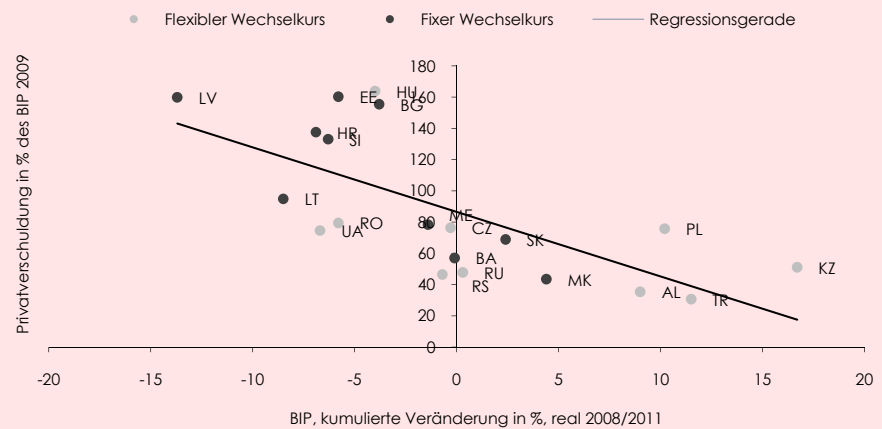
2009 waren im Untersuchungszeitraum ausschließlich schrumpfende Volkswirtschaften; mehr als zwei Drittel dieser Länder verfolgen ein fixes Wechselkursregime.

Abbildung 1: Leistungsbilanz- und BIP-Veränderung



Q: Nationale Statistiken, Eurostat, wiw-Berechnungen.

Abbildung 2: Privater Schuldenstand und BIP-Veränderung



Q: Nationale Statistiken, Eurostat, wiw-Berechnungen.

Ende des Konvergenzprozesses?

Vor allem in den strukturschwachen Volkswirtschaften an der südlichen Peripherie der Region stockt der Konvergenzprozess.

Der Erfolg der Wirtschaftspolitik der EU – einer Politik, die auch von den meisten Nicht-EU-Ländern in Südosteuropa übernommen wird – hängt weitgehend von der Belebung der Auslandsnachfrage ab. Die BIP-Prognose für 2012 und die kommenden Jahre geht von einer gedämpften Entwicklung aus (Übersicht 1). Das Wachstum wird in einigen strukturschwachen Ländern an der südlichen Peripherie der Region den Durchschnitt der EU 27 nicht übersteigen. Aber auch in den anderen Ländern verlor der Aufholprozess deutlich an Kraft. Der private Konsum wird nur sehr langsam wachsen oder stagnieren (Übersicht 2), während der öffentliche Konsum durch die Umsetzung der geplanten Sparpakete weiter schrumpfen wird. In Anbetracht der hohen Unternehmensverschuldung, der Probleme im Bankensektor und des in der Folge außerordentlich niedrigen Kreditwachstums muss von einer schwachen Entwicklung der privaten Investitionen ausgegangen werden. Dies bedingt auch die gedämpfte Auslandskonjunktur. Selbst wenn, wie die Europäische Kommission unterstellt, Investitionen und Exporte durch Strukturreformen angekurbelt werden, sind die Effekte erst längerfristig zu erwarten. Mittelfristig könnte sich die Divergenz der europäischen Regionen verstärken, was in deutlichem Widerspruch zur allgemeinen Er-

wartung eines Aufholprozesses der Länder mit niedrigeren Einkommen steht. Bis zur jüngsten Krise verringerten sich die Einkommensdifferenzen zwischen den ärmeren und reicheren Ländern gemäß mehreren Indikatoren. Der Aufholprozess basierte in vielen Fällen auf der Verfügbarkeit billiger Finanzierung, die durch die Finanzmarktkrise wesentlich eingeschränkt wurde. Wie Übersicht 3 zeigt, hat das BIP in einigen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas das Niveau von 1990 nicht wesentlich überschritten.

Übersicht 1: Prognose für 2012 bis 2014

	Bruttoinlandsprodukt, real					Verbraucherpreise ¹⁾					Arbeitslosenquote ²⁾				
	2010	2011	2012	2013	2014	2010	2011	2012	2013	2014	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %										In %				
10 neue EU-Länder	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,5	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,6	9,9	9,8	9,9	9,4	8,9
Bulgarien	+ 0,4	+ 1,7	± 0	+ 1,3	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,4	+ 3	+ 3	+ 3	10,2	11,2	12	11	10
Tschechien	+ 2,7	+ 1,6	+ 0,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,2	+ 3,2	+ 2	+ 2	7,3	6,8	7	7	6,5
Estland	+ 2,2	+ 7,6	+ 1,9	+ 4	+ 5	+ 2,7	+ 5,1	+ 3,3	+ 3,8	+ 4	16,9	12,5	11,5	10	9
Lettland	- 0,3	+ 5,4	+ 2	+ 3,3	+ 3,5	- 1,2	+ 4,2	+ 2,3	+ 2,5	+ 3,0	18,7	15,3	14	13	12
Litauen	+ 1,4	+ 5,9	+ 2,1	+ 3,5	+ 4	+ 1,2	+ 4,1	+ 2,5	+ 3	+ 3,5	17,8	15,4	15	14	13
Ungarn	+ 1,3	+ 1,7	- 1	+ 2	+ 3	+ 4,7	+ 3,9	+ 5	+ 3,5	+ 3,1	11,2	10,9	11	10,5	10
Polen	+ 3,9	+ 4,3	+ 3	+ 4,1	+ 4,3	+ 2,7	+ 3,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 2	9,6	10,0	10	9,5	9
Rumänien	- 1,6	+ 2,4	+ 1	+ 3	+ 3	+ 6,1	+ 5,8	+ 4	+ 4	+ 4	7,3	7,3	7,5	7	7
Slowenien	+ 1,4	- 0,2	- 1	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 2	+ 2	+ 2	7,3	8,0	8,5	9	8,5
Slowakei	+ 4,2	+ 3,4	+ 1,5	+ 3	+ 4	+ 0,7	+ 4,1	+ 2,5	+ 3	+ 3	14,4	13,4	13,5	13	12,5
Euro-Raum	+ 1,9	+ 1,4	- 0,3	+ 1,3	.	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,1	+ 1,6	.	10,1	10,1	10,1	10,0	.
EU 27	+ 2,0	+ 1,5	± 0,0	+ 1,5	.	+ 2,1	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,8	.	9,7	9,6	9,8	9,6	.
EU-Beitrittskandidatenländer															
Kroatien	- 1,2	- 0,0	- 1,2	+ 1	+ 2	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,4	+ 2	11,8	13,7	14	14	13
Mazedonien	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,3	+ 3	+ 3,5	+ 1,6	+ 3,9	+ 3	+ 3	+ 3	32,0	31,4	31	31	31
Montenegro	+ 2,5	+ 2,0	+ 1	+ 2	+ 3	+ 0,5	+ 3,1	+ 3	+ 3	+ 3	19,6	19,7	20	20	19
Türkei	+ 9,0	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 8,6	+ 6,5	+ 9,1	+ 9,0	+ 8,0	10,7	9,2	10,1	10,2	9,9
Potenzielle EU-Beitrittskandidatenländer															
Albanien	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,5	+ 3	+ 4	+ 4	13,7	14	15	14	13
Bosnien und Herzegowina	+ 0,7	+ 2,2	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 3,7	+ 2	+ 2	+ 2	27,2	27,6	28	28	28
Serbien	+ 1,0	+ 1,6	± 0	+ 1	+ 2	+ 6,8	+ 11,0	+ 7	+ 5	+ 5	19,2	23,0	25	25	25
Kasachstan	+ 7,3	+ 7,5	+ 6	+ 5	+ 5,5	+ 7,1	+ 8,5	+ 8	+ 7	+ 6	5,8	5,4	5,2	5	5
Russland	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,3	+ 6,9	+ 8,5	+ 5	+ 6	+ 5	7,5	6,6	6,6	6,7	6,7
Ukraine	+ 4,1	+ 5,2	+ 3,5	+ 5	+ 5	+ 9,4	+ 8,0	+ 5	+ 7	+ 5	8,1	7,9	7,9	7,7	7,5

Q: Nationale Statistiken, Eurostat; Euro-Raum, EU 27: Europäische Kommission, "InterimForecasts", Februar 2012. 2011: vorläufige Zahlen, 2012/2014: Prognose des wiw. - ¹⁾ Jahresdurchschnitt. - ²⁾ Gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt.

Viele Länder Süd- und Südosteuropas befinden sich in einem Teufelskreis: Angesichts der hohen Verschuldung besonders des privaten Sektors und der ungünstigen Wachstumsaussichten steigen mit der Unsicherheit über die Nachhaltigkeit der Verschuldung auch die Zinsaufschläge. Das erfordert den Schuldenabbau der Unternehmen und privaten Haushalte und beschränkt die Investitionen (verstärkt durch Probleme im Bankensektor). Dies drückt wiederum die Konsumausgaben und zieht einen Rückgang der Beschäftigung (und der Löhne) und in der Folge eine Dämpfung der Haushaltseinkommen und der Erwartungen bezüglich der Konsumausgaben nach sich. Die daraus resultierende Verschlechterung der Wachstumsaussichten schürt die Bedenken über die Schuldennachhaltigkeit und untermauert die Notwendigkeit, die Zinssätze auf hohem Niveau zu belassen. Auch die Fiskalpolitik ist meistens eher restriktiv und schlägt angesichts der steigenden Finanzierungskosten einen noch härteren Sparkurs ein. Für Volkswirtschaften mit schwacher Wettbewerbsfähigkeit wird es besonders schwierig sein, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Ein Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten ist die Güterbilanz als Teil der Leistungsbilanz (Übersicht 4). Ein hoher negativer Saldo weist auf eine nicht ausreichende Wettbewerbsfähigkeit der Güterexporte und einen strukturellen Importüberschuss hin.

Teufelskreis aus steigenden Finanzierungskosten und Wachstumsschwäche

Bei hohem Zinsniveau und ungünstigen Wachstumsaussichten verschlechtert sich die negative Eigendynamik.

Übersicht 2: Konsum und Investitionen

	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Bruttoanlageinvestitionen					
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
10 neue EU-Länder	- 3,4	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,1	+ 2,5	+ 3,4	- 13,5	- 1,9	+ 4,3	+ 2,3	+ 4,8	+ 6,1
Bulgarien	- 7,6	± 0,0	- 0,6	+ 1	+ 1,5	+ 2	- 17,6	- 18,3	- 9,7	± 0	+ 4	+ 6
Tschechien	- 0,5	+ 0,6	- 0,4	- 0,5	+ 1,5	+ 2,5	- 11,5	+ 0,2	- 1,2	+ 0,5	+ 4	+ 6
Estland	- 16,1	- 1,7	+ 4,4	+ 2	+ 2,2	+ 3	- 37,8	- 9,1	+ 26,8	+ 6	+ 7	+ 9
Lettland	- 22,8	+ 0,6	+ 4,5	+ 2,5	+ 3	+ 3,5	- 37,4	- 12,2	+ 24,6	+ 6	+ 8	+ 8
Litauen	- 17,4	- 5,0	+ 5,8	+ 2,5	+ 3	+ 4	- 39,5	+ 1,0	+ 18,9	+ 5	+ 7	+ 9
Ungarn	- 6,4	- 2,1	± 0,0	- 1,5	± 0	+ 2	- 11,0	- 9,7	- 5,4	- 1	+ 2	+ 3
Polen	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,2	+ 4	+ 4,5	- 1,3	- 0,1	+ 6,9	+ 3,5	+ 6	+ 7
Rumänien	- 10,4	- 0,4	+ 1,4	+ 1	+ 2	+ 3	- 28,1	- 2,1	+ 6,3	+ 3	+ 5	+ 6
Slowenien	- 0,2	- 0,6	- 0,2	- 0,5	- 0,3	+ 0,4	- 23,3	- 8,3	- 10,6	- 5	± 0	+ 4
Slowakei	+ 0,1	- 0,8	- 0,4	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,5	- 19,7	+ 12,4	+ 5,6	+ 2,5	+ 3	+ 4
Euro-Raum	- 1,2	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,0	.	- 12,1	- 0,5	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,9	.
EU 27	- 1,8	+ 1	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,1	.	- 12,5	- 0,2	+ 1,3	+ 0,8	+ 3	.
EU-Beitrittskandidatenländer	- 2,8	+ 6,1	+ 8,3	+ 3,7	+ 3,7	+ 4,7	- 18,1	+ 25,8	+ 19,9	- 1,9	+ 9,4	+ 9,5
Kroatien	- 8,5	- 0,9	+ 0,2	- 0	+ 1	+ 1	- 11,8	- 11,3	- 7,2	- 3	+ 1,5	+ 3
Mazedonien	- 4,7	+ 1,7	+ 3,7	+ 2	+ 2	+ 2	- 8,3	- 1,0	+ 10,0	+ 4	+ 4	+ 4
Montenegro	- 12,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2	+ 3	+ 3	- 30,1	- 18,5	- 5,0	+ 2	+ 5	+ 5
Türkei	- 2,3	+ 6,7	+ 9	+ 4	+ 4	+ 5	- 19,0	+ 29,9	+ 22	- 2	+ 10	+ 10
Potenitielle EU-Beitrittskandidatenländer	- 1,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,8	- 6,1	- 6,4	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 4,2
Albanien	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,0	+ 3	+ 4	+ 5	+ 5,0	- 7,0	+ 2,0	+ 1	+ 4	+ 6
Bosnien und Herzegowina	- 3,9	- 1,0	+ 0,2	± 0	+ 1	+ 1	- 22,4	- 11,1	+ 5,4	+ 2	+ 4	+ 5
Serbien	- 2	+ 2	+ 1	± 0	+ 1	+ 1	- 5	- 4	+ 3	+ 3	+ 3	+ 3
Kasachstan	+ 1	+ 10	+ 8	+ 5	+ 4	+ 4	- 0,8	+ 4	+ 4	+ 8	+ 9	+ 10
Russland	- 5,1	+ 5,2	+ 6,8	+ 6	+ 5	+ 5	- 14,4	+ 5,8	+ 8,0	+ 6	+ 6	+ 5
Ukraine	- 14,9	+ 7,1	+ 15	+ 6	+ 7	+ 6	- 50,5	+ 3,9	+ 10,1	+ 7	+ 8	+ 8

Q: Nationale Statistiken, Eurostat; 2011: vorläufige Zahlen. 2012/2014: Prognose des wiw, Euro-Raum und EU 27: Prognose der Europäischen Kommission.

Produktions- und Exportwachstum verlangsamt

Die Wachstumsrate der Industrieproduktion halbierte sich 2011 in Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa insgesamt. In Südosteuropa liegt das Produktionsniveau noch unter dem Vorkrisenwert. Das Wachstum der Exporte verlangsamte sich etwas.

Nach der kräftigen Erholung der Industrieproduktion im Jahr 2010 schwächte sich das Wachstum 2011 wieder deutlich ab. Am stärksten stieg die Industrieproduktion 2011 in den baltischen Ländern (Estland +16,8%, Lettland +9%) und der Türkei, am schwächsten in Slowenien und Albanien (+2,7% bzw. +2%). In Polen erhöhte sie sich um 7%, ebenso in der Slowakei und in Tschechien. Hingegen schrumpfte sie in Kroatien und Montenegro (-1,2%, -10,3%). In Kroatien war dies der dritte Rückgang in Folge.

Die Divergenz zwischen den nördlichen und südlichen Volkswirtschaften der Region nimmt zu (Abbildung 3): Während in den nördlichen Ländern (u. a. Polen, Slowakei, baltische Länder) aber auch in der Türkei das Vorkrisenniveau der Industrieproduktion 2011 überschritten wurde (Oktober 2011 gegenüber Oktober 2008), klafft in den Ländern Südosteuropas (Mazedonien, Serbien, Bulgarien, Kroatien, Montenegro und Slowenien) noch eine große Lücke.

Weniger deutlich als in der Industrieproduktion verlangsamte sich 2011 das Wachstum im Exportsektor. Die Ausfuhr war weiterhin die treibende Kraft des Wirtschaftswachstums in der Region, allerdings mit großen Unterschieden zwischen den Ländern: Das größte Exportwachstum verzeichneten 2011 die baltischen Länder (Estland nominell +38%) sowie Bulgarien und Rumänien. In den Westbalkanländern wächst der Exportsektor zwar, doch ist sein Volumen gering. Für die kommenden Jahre prognostiziert das wiw eine weitere Verlangsamung der Exportsteigerung in der Region, da die wichtigsten Absatzmärkte nur eine geringe Dynamik aufweisen werden. Davon sind wiederum die Länder Südosteuropas besonders negativ betroffen.

In allen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas haben die Warenexporte das Vorkrisenniveau bereits überschritten (Abbildung 4) – mit Ausnahme von Kroatien, dessen Schiffsbauindustrie als wichtigster Exportsektor des Landes schrumpft.

Übersicht 3: BIP und Preisniveau 2011 im internationalen Vergleich

Stand April 2012

	Zu laufenden Wechselkursen	Bruttoinlandsprodukt			Preisniveau Relativ zur EU 27	
		Zu Kaufkraftparitäten	Real	Real		
	Mrd. €	Pro Kopf, EU 27 = 100	1990 = 100 ¹⁾	2000 = 100	Kaufkraftparität in % des Wechselkurses	
10 neue EU-Länder	971,6	1.572,8	63	166,2	148,3	62
Bulgarien	38,5	82,4	45	129,6	151,7	47
Tschechien	154,9	210,1	79	148,1	141,9	74
Estland	16,0	22,6	69	151,3	152,0	71
Lettland	20,0	30,3	59	105,4	151,3	66
Litauen	30,7	49,7	65	127,1	162,1	62
Ungarn	100,8	163,4	65	126,6	123,5	62
Polen	369,5	615,7	64	196,3	153,0	60
Rumänien	136,5	256,3	54	133,5	153,0	53
Slowenien	35,6	42,5	83	156,4	130,3	84
Slowakei	69,1	99,8	73	168,3	164,7	69
EU-Beitrittskandidatenländer						
Kroatien	45,9	66,5	60	111,4	130,1	69
Mazedonien	7,3	18,4	36	119,8	131,4	40
Montenegro	3,3	6,5	42	.	145,5	51
Türkei	543,2	950,5	52	230,3	158,5	57
Potenitielle EU-Beitrittskandidatenländer						
Albanien	9,2	21,8	27	200,7	174,0	42
Bosnien und Herzegowina	13,3	26,2	27	.	146,2	51
Serbien	30,2	60,3	36	.	145,7	50
Russland	1.335,6	1.920,7	54	112,1	166,8	70
Ukraine	118,7	265,6	23	69,2	160,1	45
EU 27	12.620,4	12.620,4	100	145,9	117,9	100
Deutschland	2.570,8	2.458,0	120	137,2	113,1	105
Griechenland	215,1	234,4	82	143,4	114,8	92
Österreich	301,3	270,0	128	156,9	120,4	112
Spanien	1.073,4	1.152,0	100	166,7	123,8	93
Portugal	171,0	206,1	77	142,0	105,0	83
USA	10.843,4	11.529,6	147	166,0	118,7	94
Japan	4.221,6	3.345,7	104	121,6	107,1	126

Q: Nationale Statistiken, Eurostat. – ¹⁾ Polen: 1989 = 100.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte nahm in den meisten Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas 2011 in Relation zum BIP ab (Übersicht 5). Nur in den Westbalkanländern stagnierte es, während in Albanien die massiven öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur sogar für eine Ausweitung des Budgetdefizits um etwa 2% des BIP sorgten. Estland, Russland und Ungarn wiesen hingegen einen positiven Finanzierungssaldo des Staates auf¹⁾. In Ungarn war dies allerdings ausschließlich auf die Verstaatlichung privater Pensionsfonds zurückzuführen; bereinigt um diesen einmaligen Effekt verzeichnete Ungarn 2011 sogar ein höheres Budgetdefizit als im Jahr zuvor, im Wesentlichen aufgrund der Senkung der direkten Steuern im Zuge einer umfassenden Steuerreform.

Die Verbesserung der Lage der öffentlichen Haushalte in den meisten Ländern Mitteleuropas, Ost- und Südosteuropas resultierte in nur wenigen Fällen (Estland, Russland, Kasachstan, Türkei) ausschließlich aus einer Steigerung der Steuereinnahmen. Vor allem in den neuen EU-Ländern (außer Estland) war sie meist das Ergebnis von

Hohe Finanzierungskosten zwingen zur Budgetkonsolidierung

Vor allem in den neuen EU-Ländern werden derzeit Sparmaßnahmen verabschiedet, obwohl das relativ niedrige Niveau der Staatsschulden (mit Ausnahme Ungarns) fiskalpolitischen Spielraum erkennen lässt.

¹⁾ Auch Kasachstan verzeichnete 2011 de facto einen markanten Budgetüberschuss: Die zusätzlichen Staatseinnahmen aus den Energieexporten flossen vor allem in den staatlichen Reservefonds und wurden daher nicht von der offiziellen Budgetstatistik erfasst.

ausgabenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen. Selbst jene neuen EU-Länder, die im Zuge der Wirtschaftskrise 2009 keine konjunkturstützenden Maßnahmen verabschiedet hatten (Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen), schlugen 2011 einen restriktiveren fiskalpolitischen Kurs ein. Dieser Kurs wird auch heuer weiterverfolgt (auch in Ungarn). In der Regel kombinieren die Sparpakete Ausgabenkürzungen mit einer Anhebung des Mehrwertsatzes, während direkte Steuern zum Teil sogar gesenkt werden (z. B. die Körperschaftsteuer in Slowenien). Ungarn und die Slowakei führten jüngst eine Sondersteuer auf Banken ein.

Übersicht 4: Leistungsbilanz und Unterbilanzen

	Leistungsbilanz		Güter	Dienstleistungen	Einkommen	Laufende Transfers	Direktinvestitionen, netto	Portfoliointvestitionen, netto	Sonstige Investitionen, netto	Offizielle Währungsreserven, netto	Statistische Differenz einschließlich anderer Teilbilanzen	
	2010	2011										
	In % des BIP											
10 neue EU-Länder												
Bulgarien	- 1,0	0,9	- 5,1	5,9	- 4,3	4,4	3,1	- 0,9	- 5,1	- 0,4	2,4	
Tschechien	- 3,9	- 2,9	2,5	1,7	- 7,2	0,1	2,0	0,1	0,3	0,5	0,0	
Estland	3,6	3,2	- 1,1	7,9	- 5,3	1,7	7,4	7,0	- 20,0	- 0,1	2,5	
Lettland	3,0	- 1,2	- 9,9	6,6	- 0,9	3,1	5,2	- 2,3	- 8,3	4,5	2,1	
Litauen	1,5	- 1,6	- 4,9	3,6	- 3,8	3,5	2,5	3,8	- 2,8	- 4,5	2,5	
Ungarn	1,2	1,4	4,0	3,2	- 6,3	0,5	- 0,1	6,5	- 3,5	- 3,9	- 0,5	
Polen	- 4,7	- 4,3	- 2,7	1,2	- 3,9	1,2	1,8	3,1	0,6	- 1,3	0,1	
Rumänien	- 4,4	- 4,4	- 5,5	0,3	- 1,8	2,6	1,4	1,4	1,5	- 0,7	0,8	
Slowenien	- 0,8	- 1,1	- 3,7	4,0	- 1,8	0,4	2,1	5,5	- 7,6	0,2	0,8	
Slowakei	- 3,5	0,1	3,5	- 0,5	- 2,4	- 0,5	1,7	- 0,3	2,7	0,0	- 4,3	
EU-Beitrittskandidatenländer												
Kroatien	- 1,0	- 1,0	- 13,9	14,0	- 3,5	2,4	2,2	1,4	0,3	- 0,9	- 2,1	
Mazedonien	- 2,2	- 2,8	- 23,0	1,3	- 1,5	20,4	4,1	- 0,6	3,5	- 4,5	0,2	
Montenegro	- 24,6	- 19,2	- 39,6	16,1	0,8	3,5	11,8	5,0	- 11,6	3,5	10,6	
Türkei	- 6,4	- 10,0	- 11,6	2,4	- 1,0	0,2	1,8	2,9	3,51	0,3	1,6	
Potentielle EU-Beitrittskandidatenländer												
Albanien	- 11,5	- 12,5	- 24,4	1,5	0,3	10,2	7,7	- 0,9	2,3	0,3	3,1	
Bosnien und Herzegowina	- 5,7	- 8,6	- 27,2	4,1	1,2	13,3	2,2	0,1	4,2	0,1	1,9	
Serbien	- 7,6	- 9,8	- 18,2	0,5	- 2,5	10,4	6,0	5,4	3,7	- 6,0	0,7	
Russland	4,8	5,3	10,7	- 1,9	- 3,2	- 0,2	- 0,8	- 1,0	- 2,3	- 0,7	- 0,6	
Ukraine	- 2,2	- 5,5	- 8,4	3,0	- 2,3	2,2	4,2	0,9	- 1,5	1,5	0,3	

Q: Nationale Statistiken, Eurostat; vorläufige Zahlen.

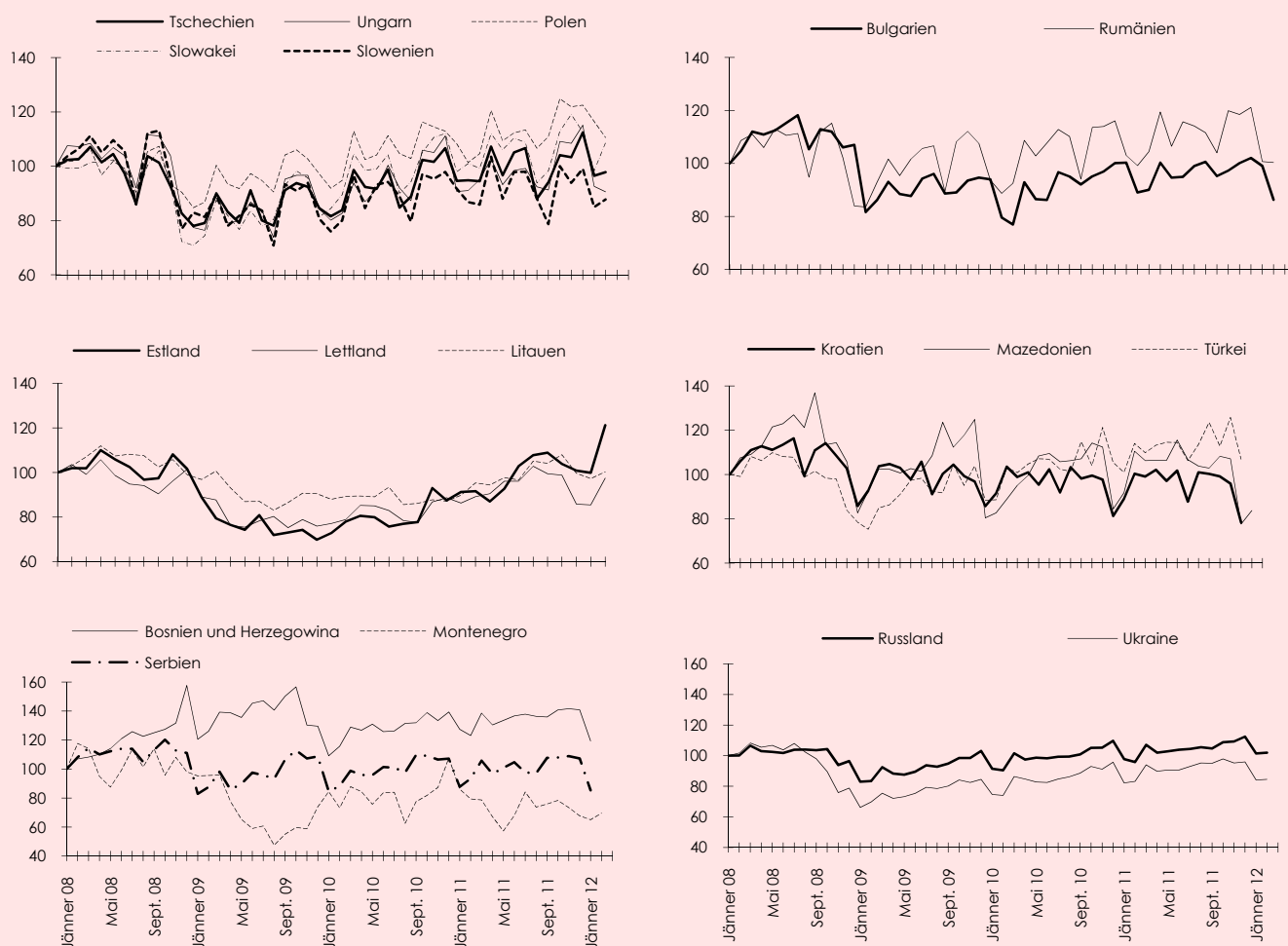
Vor allem in den südlichen neuen EU-Ländern sind die Sparmaßnahmen eine Reaktion auf die anhaltende Verschuldungskrise im Euro-Raum und die dadurch hohen Kosten der (Re-)Finanzierung öffentlicher Schulden. Die Renditen der Staatsanleihen übersteigen mit bis zu 10% p. a. (in Serbien und der Ukraine zum Teil noch höher) in vielen Fällen die nominelle BIP-Wachstumsrate. Falls diese Konstellation anhält, wird sie einen Anstieg der Schuldenquote des Staates bewirken und damit womöglich Gefahren für die Finanzstabilität der Länder bergen, selbst wenn die Fiskalpolitik nicht allzu locker ist. Auch der im März 2012 verabschiedete Fiskalpakt der EU, der für das "strukturelle" Primärdefizit eine Obergrenze von 0,5% des BIP vorsieht, dürfte in den neuen EU-Ländern weitere Sparmaßnahmen veranlassen. In manchen Ländern Mitteleuropas (Polen, Tschechien) wird die "Budgetsanierung" auch als wachstumsstützende Maßnahme angesehen.

In Ungarn erreicht die Staatsverschuldung mittlerweile 80% des BIP. Die Aussicht auf ein weiteres "Rettungspaket" von EU und IWF hängt von der Einhaltung des Defizitziels von 3% im Jahr 2012 ab. Vor diesem Hintergrund erscheinen die jüngst angekündigten Sparmaßnahmen am sinnvollsten. Auch Lettland und Litauen beabsichtigen, ihr Budgetdefizit unter 3% des BIP zu drücken, um das Maastricht-Kriterium für den geplanten Eintritt in die Währungsunion 2014 zu erfüllen. Allerdings werden Konsolidierungsschritte auch dort unternommen, wo sie kaum notwendig sind, z. B. in Tschechien. In fast allen Ländern Mitteleuropas, Ost- und Südosteuropas (außer Un-

garn) ist die Schuldenquote des Staates deutlich niedriger als etwa in der EU 15 (Übersicht 5), diese Länder hätten somit größeren fiskalpolitischen Spielraum. Die Schuldenquote dürfte jedoch trotz der Konsolidierungsbemühungen in den kommenden Jahren eher steigen, nicht zuletzt weil die (vor allem ausgabenseitigen) Sparmaßnahmen das Wirtschaftswachstum bremsen. Lediglich in der Türkei, in Russland, Kasachstan und der Ukraine ist mit einem Rückgang der Verschuldung im Verhältnis zum BIP zu rechnen.

Abbildung 3: Industrieproduktion

NACE Rev. 2, Jänner 2008 = 100



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken, Eurostat. Montenegro, Russland, Ukraine: NACE Rev. 1.

Obwohl die Gesamtwirtschaft in der Region Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa im Jahr 2011 einen Aufschwung erlebte, blieb die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt. In der Gruppe der 10 neuen EU-Länder sank die Arbeitslosenquote nur in den baltischen Ländern stärker, und zwar dank des exportgetriebenen hohen Wirtschaftswachstums und der Arbeitsemigration; trotzdem lag sie in den drei baltischen Ländern noch über dem Durchschnitt der 10 neuen EU-Länder. In den Westbalkanländern erhöhte sich die Arbeitslosenquote 2011 im Jahresdurchschnitt weiter, insbesondere in Kroatien (auf 13,7%) und Serbien (23%). In den meisten anderen Ländern des Westbalkans stagnierte sie auf einem äußerst hohen Niveau, so in Mazedonien (31%), Montenegro (20%) sowie in Bosnien und Herzegowina (27,6%). In den östlichen Nachbarländern der EU – Russland, Ukraine und Kasachstan – sowie der Türkei sank die Arbeitslosenquote bei überaus guter Konjunkturlage 2011 wie im Vorjahr. Ende 2011 hatte der internationale Konjunkturabschwung auch in den 10 neuen EU-

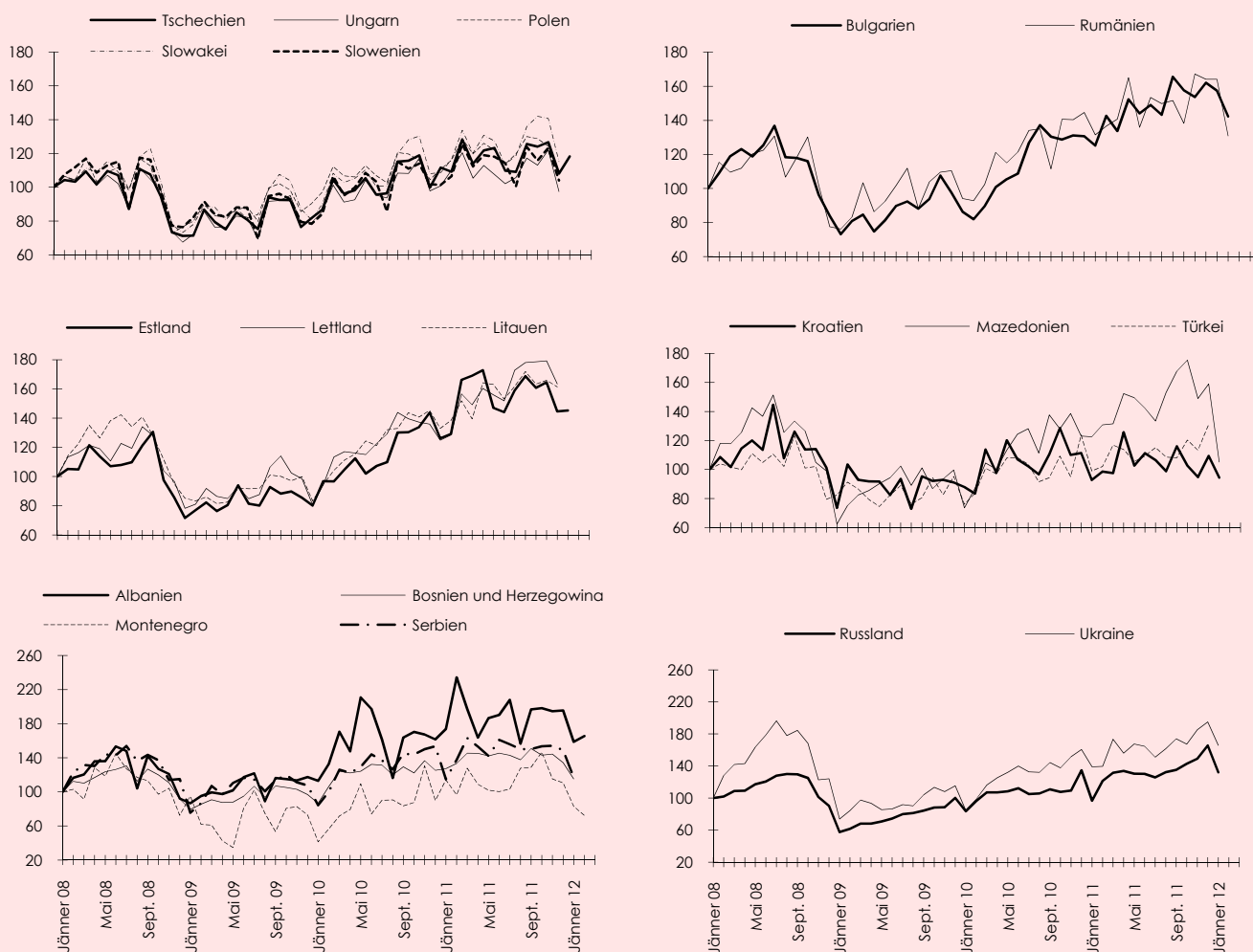
Keine Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Ein Absinken der Arbeitslosigkeit ist erst ab 2013 zu erwarten.

Ländern eine neuerliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ausgelöst. Das schwache Wirtschaftswachstum verhindert 2012 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, die Arbeitslosenquote wird in den 10 neuen EU-Ländern bei 10% verharren. Erst die erwartete Erholung der Nachfrage in den Jahren 2013 und 2014 sollte einen allmählichen Anstieg der Beschäftigung ermöglichen.

Abbildung 4: Warenexporte

Auf Euro-Basis, Jänner 2008 = 100



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken, Eurostat.

Weiterhin dramatisch ist die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit: In den 10 neuen EU-Ländern stieg die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen im Jahresdurchschnitt 2011 auf 25%. In den Ländern des Westbalkans war sie noch wesentlich höher (Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina zwischen 50% und 60%). Mit Andauern der Wirtschaftskrise erhöhte sich auch die Quote der Langzeitarbeitslosen: 2011 waren in den 10 neuen EU-Ländern bereits 45% der Arbeitslosen länger als 1 Jahr ohne Beschäftigung. In den Ländern des Westbalkans betrug ihr Anteil an den gesamten Arbeitslosen zwischen rund 65% in Kroatien und etwa 83% in Mazedonien.

Trotz der Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in den westlichen EU-Ländern (EU 15) nahm die Migration von Arbeitskräften aus den 10 neuen EU-Ländern in die EU 15 auch während der Wirtschaftskrise zu. Gemäß der EU-Arbeitskräfteerhebung wuchs die Zahl der Beschäftigten aus den 10 neuen EU-Ländern in der EU 15 zwischen dem III. Quartal 2008 und III. Quartal 2011 um etwa 20%, während die Zahl der Beschäftigten aus Drittländern in der EU 15 um 3% sank. Die Arbeitslosenquote der aus den 8 neuen EU-Ländern (10 neue EU-Länder ohne Bulgarien und Rumänien) in die EU 15 Emigrierten blieb auch 2011 nahezu unverändert bei unter 10%, jene der

bulgarischen und rumänischen Migrantinnen und Migranten stieg dagegen wie jene der Arbeitskräfte aus Drittländern im Zuge der Wirtschaftskrise von rund 14% im Jahr 2008 auf 20% im Jahr 2011.

Übersicht 5: Finanzierungssaldo und Bruttoschuldenstand des Staates

	Finanzierungssaldo des Staates						Bruttoschulden des Staates					
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	In % des BIP						In % des BIP					
10 neue EU-Länder												
Bulgarien	- 4,3	- 3,1	- 2,0	- 1,8	- 2	- 2	14,6	16,3	17,1	18	19	20
Tschechien	- 5,8	- 4,8	- 3,7	- 4,0	- 3,5	- 3,0	34,4	37,6	40,5	44	46	46
Estland	- 2,0	0,3	1,3	- 2	1	1	7,2	6,7	5,5	7	6	5
Lettland	- 9,6	- 8,2	- 4,0	- 3	- 3	- 2	36,7	44,7	43,0	42	41	40
Litauen	- 9,5	- 7,1	- 5,3	- 3,3	- 3	- 3	29,4	38,0	37,5	37	36	34
Ungarn	- 4,5	- 4,3	3,5	- 3	- 3	- 3	79,7	81,3	80,3	81	80	79
Polen	- 7,3	- 7,8	- 4,2	- 4	- 3	- 3	50,9	54,9	53,7	54	54	54
Rumänien	- 9,0	- 6,8	- 4,5	- 4	- 3	- 3	23,6	31,0	32,0	34	34	34
Slowenien	- 6,1	- 5,8	- 5,5	- 5	- 4,5	- 4,0	35,3	38,8	45,0	49	52	55
Slowakei	- 8,0	- 7,7	- 5,7	- 5,0	- 4,7	- 4,4	35,5	41,0	43,5	46,8	48,6	49,7
EU-Beitrittskandidatenländer												
Kroatien	- 4,1	- 4,9	- 5	- 4	- 4	- 3,5	35,1	41,3	43,9	48	52	55
Mazedonien	- 2,7	- 2,5	- 2,5	- 1	- 1	- 1	31,7	35,6	35,0	34	33	32
Montenegro	- 3,6	- 3,0	- 4,2	- 1	- 1	- 1	38,2	40,9	44,0	44	42	41
Türkei	- 6,7	- 4	- 3	- 3,3	- 2,4	- 2,5	45,5	43,2	42,5	41	38	36
Potenitielle EU-Beitrittskandidatenländer												
Albanien	- 7,0	- 3,1	- 5,0	- 5	- 8	- 6	59,7	58,2	60,0	62	66	67
Bosnien und Herzegowina	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 3	- 2,5	- 2,5	35,3	38,9	39,0	41	42	43
Serbien	- 4,5	- 4,8	- 5,1	- 5	- 4	- 4	34,8	42,9	45,0	48	49	49
Kasachstan	- 2,9	- 2,4	- 2,1	- 3	- 2	- 1	12,2	14,7	16	16	16	15
Russland	- 6,3	- 3,5	1,6	0	0	0	8,3	8,6	9,2	8	7	7
Ukraine	- 4,1	- 6,0	- 1,8	- 3	- 3	- 2,5	34,8	39,1	35,9	34	33	32

Q: Nationale Statistiken, Eurostat, 2011: vorläufige Zahlen, 2012/2014: Prognose des wiw.

Economic North-South Divide also in the Countries of Central, Eastern and South-Eastern Europe – Summary

The present economic crisis bears all the familiar hallmarks of the financial, debt-related and structural aspects of a current accounts crisis. All these aspects have lasting level effects and recovery can be very protracted. Export-led growth was an important feature of the 2010-11 recovery period, yet significant inter-country differences persisted. A few countries with severe pre-crisis imbalances (Romania, Bulgaria and the Baltic countries) enjoyed reasonable export growth during that period, while other structurally weak economies on the European periphery (Western Balkan countries and the Southern EU) were less successful in that respect. The latter group of countries will continue to lag behind during the forecasting period of 2012-2014, while some of the Central European economies (Czech Republic, Poland and Slovakia) should manage to evade the vicious circle of low growth, high interest rates and unsustainable debt. In the latter three countries, as well as in the Baltic countries, the economy is expected to grow by about 3 percent in the coming years (which is still significantly below the trend growth rates before the crisis). The remaining new EU member countries as well as the Western Balkan countries are set to achieve only about half this growth rate. In Turkey, Russia, Ukraine and Kazakhstan GDP should grow by rates of up to 5 percent.